

Beschäftigungsprogramm und Arbeitszeitverkürzung gegen die Krise

- ➔ Die Situation auf dem Arbeitsmarkt**
- ➔ Für eine neue Verteilung der Arbeit**
- ➔ Öffentliche Investitionen für mehr Beschäftigung**

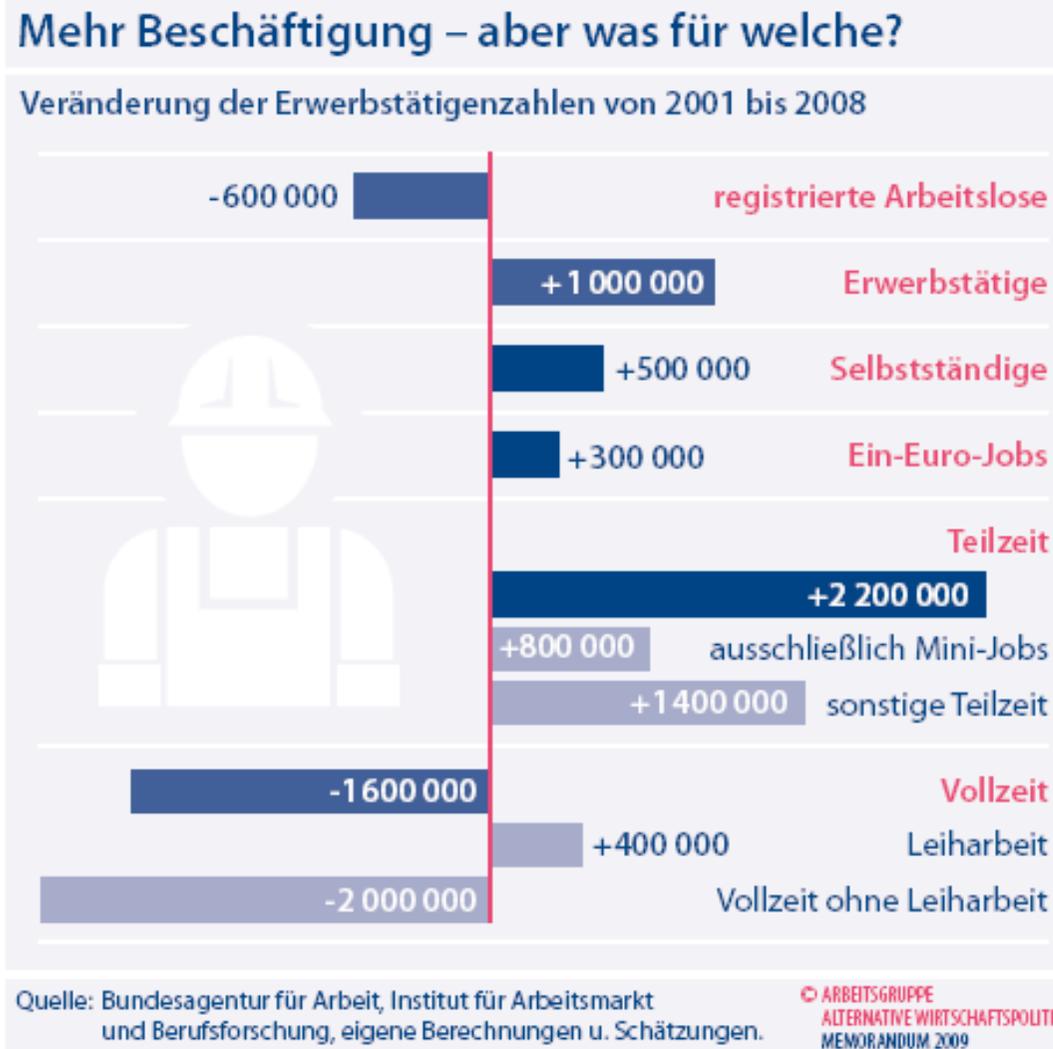
Kein Beschäftigungswunder durch die Agenda 2010

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

- Angeblich soll die Agenda 2010 den letzten Aufschwung beschäftigungsintensiver gemacht haben als andere zuvor. **Von 2001 bis 2008 war die Arbeitslosigkeit um 600.000 zurückgegangen.**
- Doch normale Vollzeitstellen sind sogar um zwei Millionen zurückgegangen. **Einen Boom gab es nur bei Teilzeitbeschäftigung, Leiharbeit, Ein-Euro-Jobs und Mini-Jobs.** Gemessen am Arbeitsvolumen war es ein normaler Aufschwung. Die Agendapolitik ist gescheitert..
- Sie war aber nicht folgenlos. Es wurde ein enormer Druck auf Arbeitslose und Beschäftigte aufgebaut. Die Arbeitsmarktpolitik war ein wichtiger Faktor, um das Lohnniveau in Deutschland zu drücken. **Ein Viertel aller Beschäftigten arbeitet mittlerweile im Niedriglohnsektor.**

Prekarisierung der Arbeit

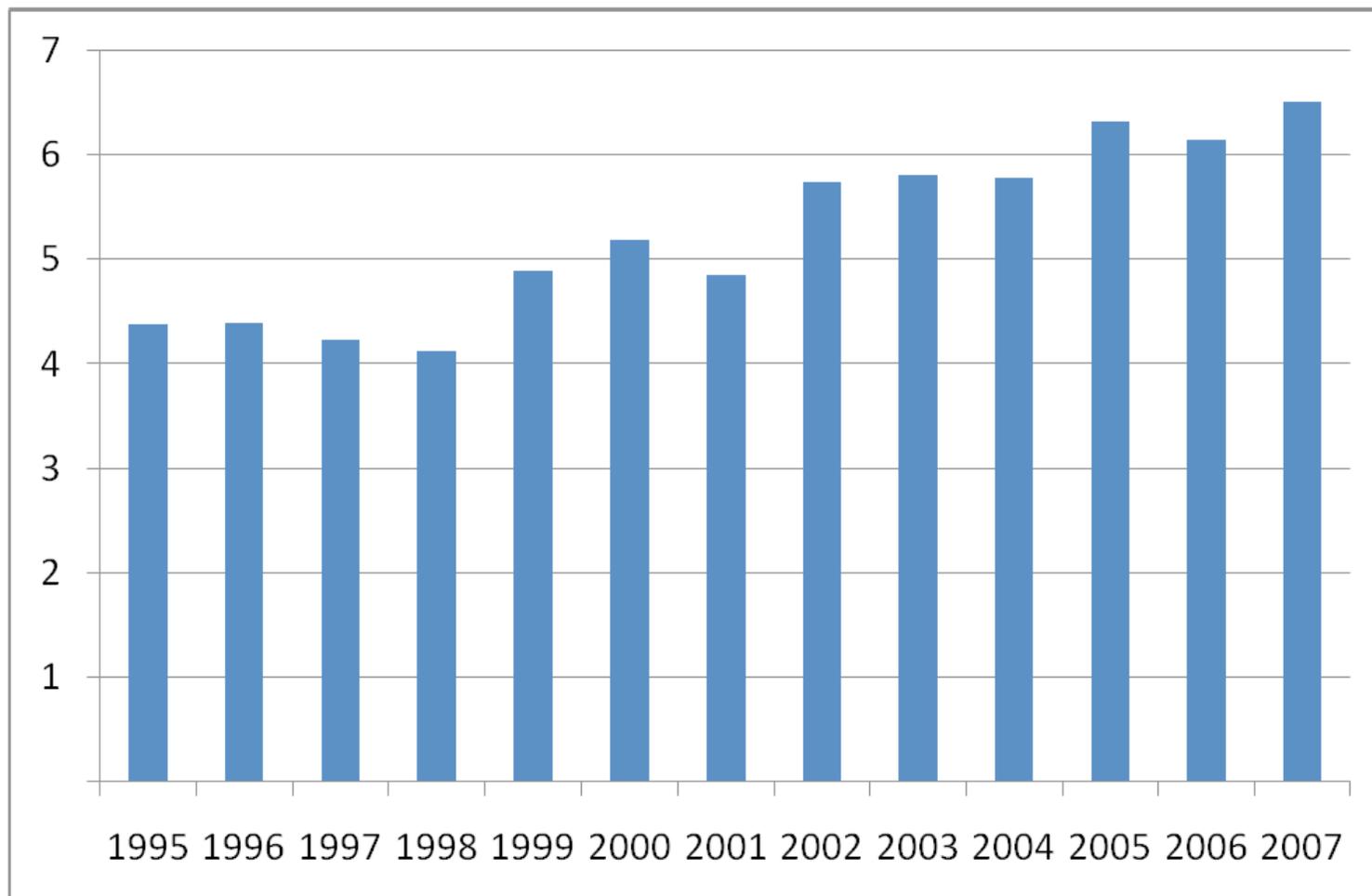
Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik



Niedriglohnbeschäftigung ist dramatisch gestiegen

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

•Niedriglohnbeschäftigte (in Mio)



•Quelle: IAQ-
Report 05/2009

Niedriglohnbeschäftigung ist dramatisch gestiegen

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

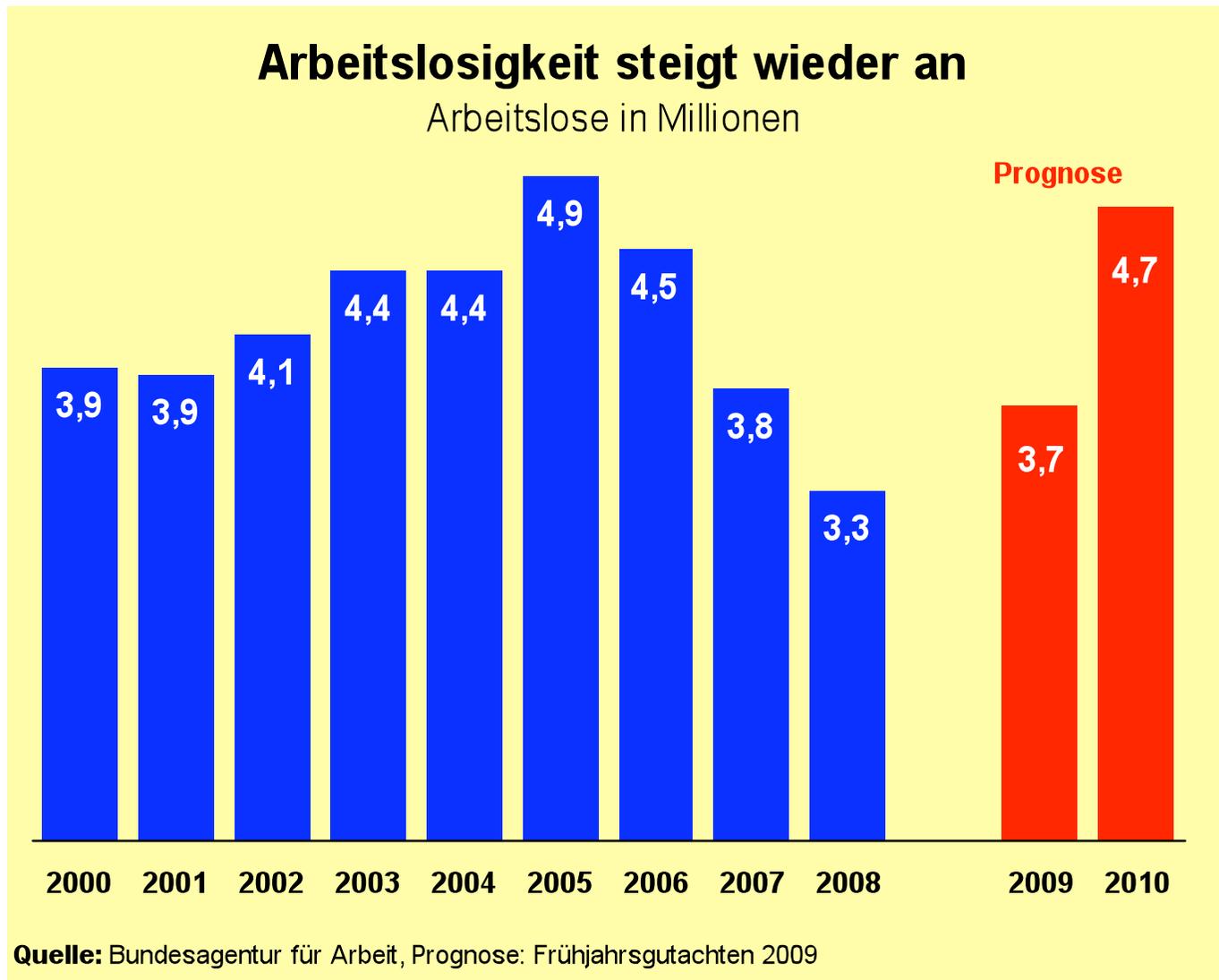
•Durchschnittlicher Stundenlohn der Niedriglohnbeziehenden

Jahr	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Durchschnittlicher Niedriglohn		Niedriglohnschwelle	Durchschnittlicher Niedriglohn		Niedriglohnschwelle
	nominal	real ³	nominal	nominal	real	nominal
1995	6,03	6,03	8,21	4,66	4,66	5,79
1996	6,36	6,27	8,47	4,79	4,72	5,93
1997	6,46	6,26	8,51	4,99	4,83	6,18
1998	6,64	6,36	8,63	4,85	4,64	6,10
1999	6,78	6,46	8,79	5,03	4,79	6,27
2000	6,76	6,35	8,90	4,96	4,66	6,26
2001	6,45	5,94	8,71	5,10	4,71	6,38
2002	6,96	6,33	9,39	5,32	4,83	6,92
2003	7,18	6,45	9,66	5,50	4,95	7,10
2004	7,26	6,41	9,72	5,47	4,84	7,13
2005	7,24	6,31	9,79	5,60	4,88	7,25
2006	6,90	5,92	9,54	4,97	4,26	6,81
2007	6,88	5,77	9,62	5,60	4,69	7,18

•Quelle: IAQ-Report 05/2009

Krise lässt Arbeitslosigkeit kräftig steigen ...

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

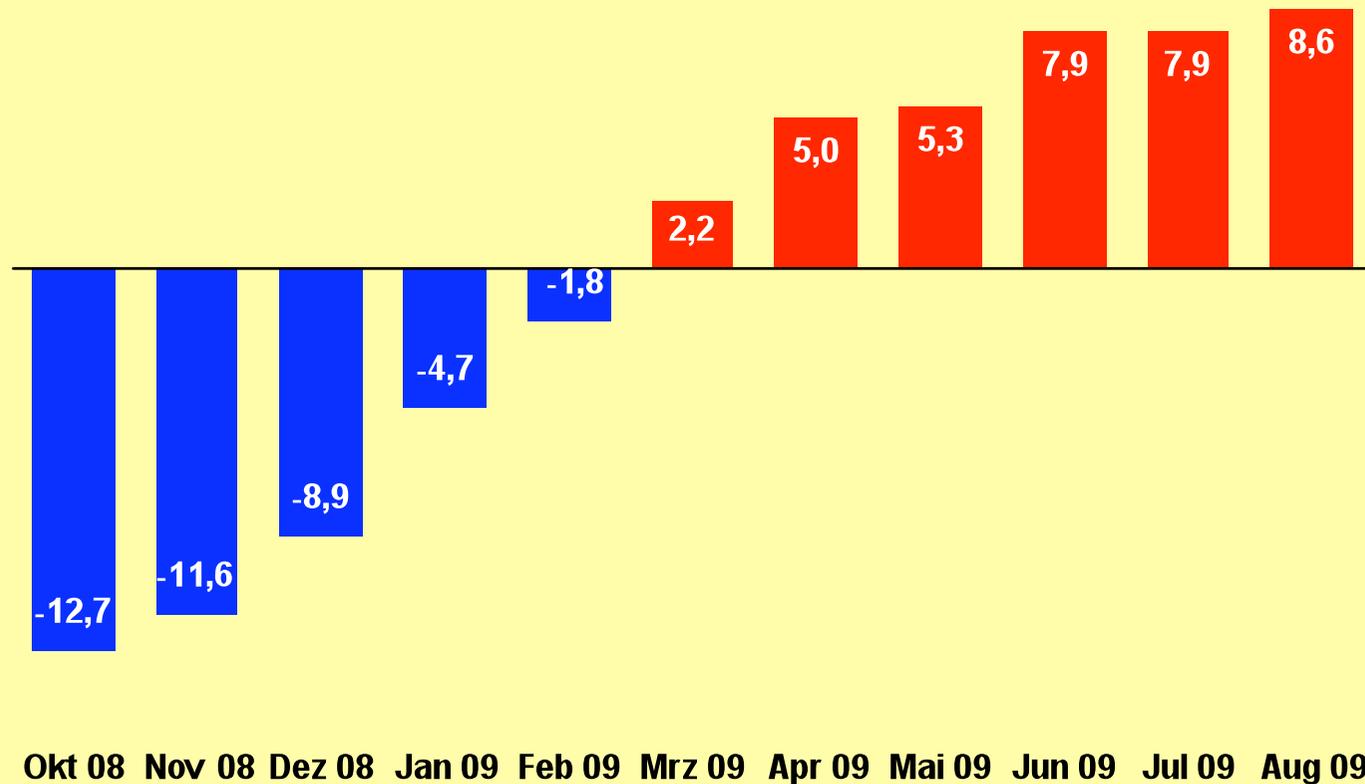


Krise lässt Arbeitslosigkeit kräftig steigen ...

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

Arbeitslosigkeit steigt an

(Veränderung der Arbeitslosenzahl zum Vorjahresmonat in %)



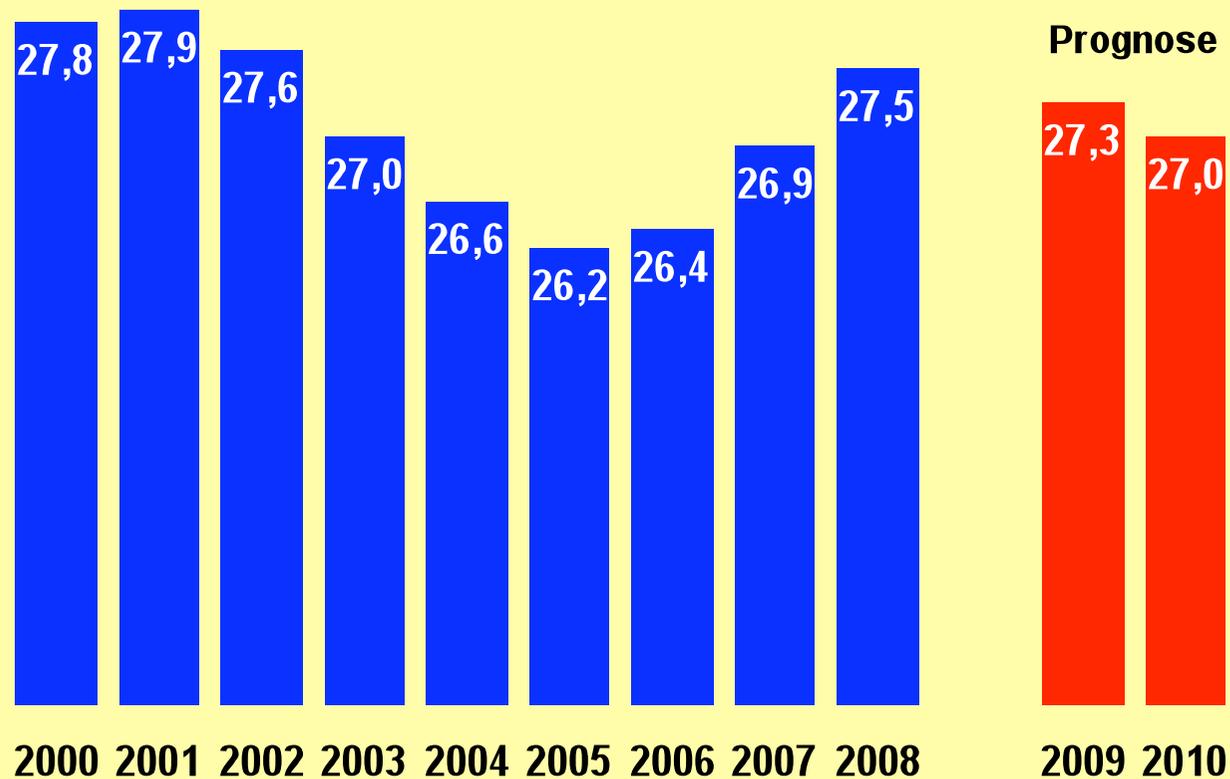
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Grafik: IG Metall, FB WTU

... und Beschäftigung sinken

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Millionen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit und Stat. Bundesamt, Prognose ifw

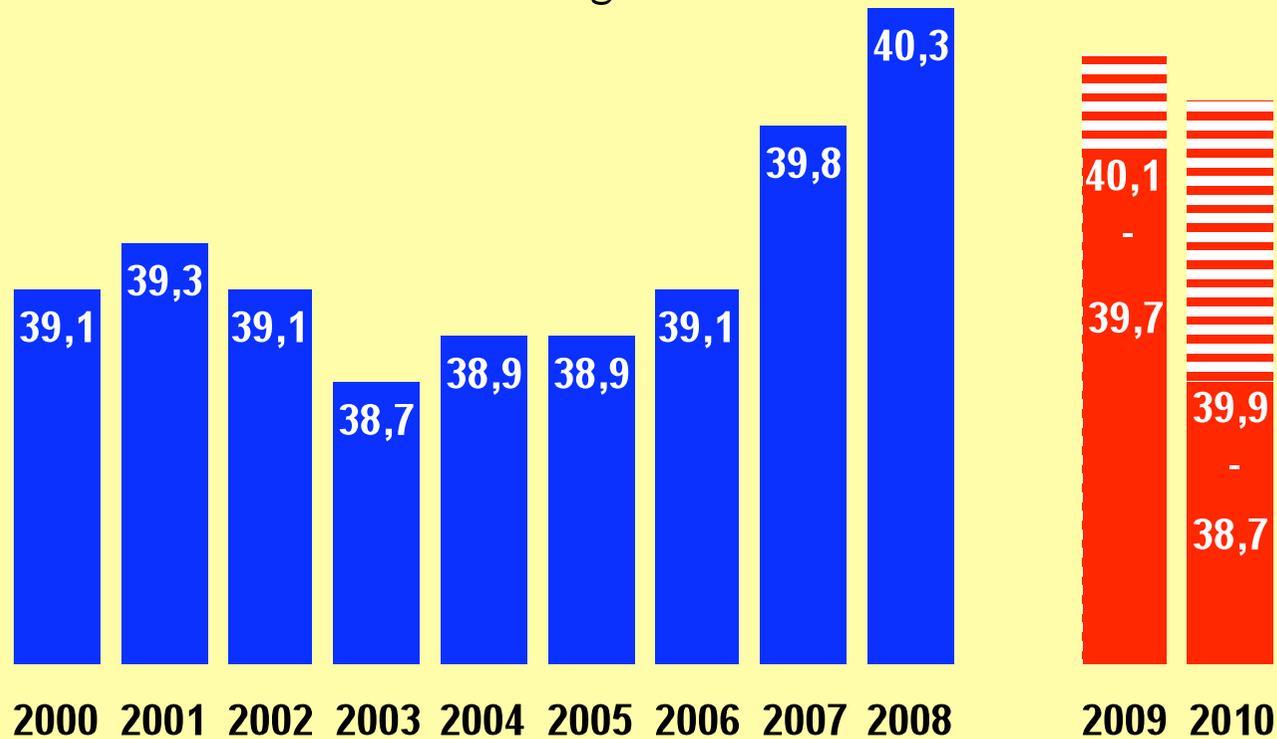
Grafik: IG Metall, FB WTU

... und Beschäftigung sinken

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

Zahl der Erwerbstätigen geht konjunkturbedingt zurück

Erwerbstätige in Millionen



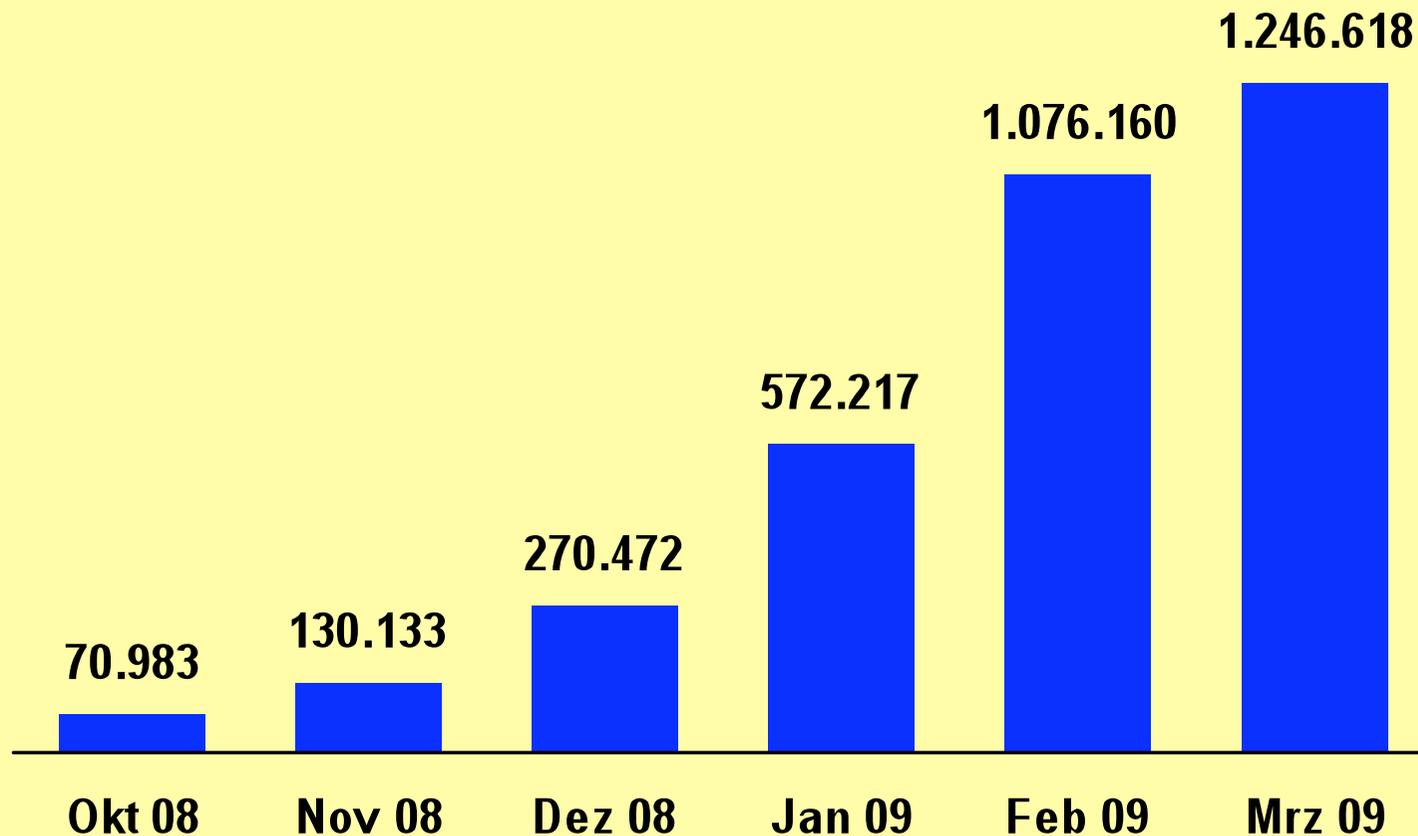
Quelle: Statistisches Bundesamt, Prognose: ifw, diw und RWI

Grafik: IG Metall, FB WTU

Die Renaissance der Arbeitsmarktpolitik

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

Zahl der Kurzarbeiter nimmt kräftig zu



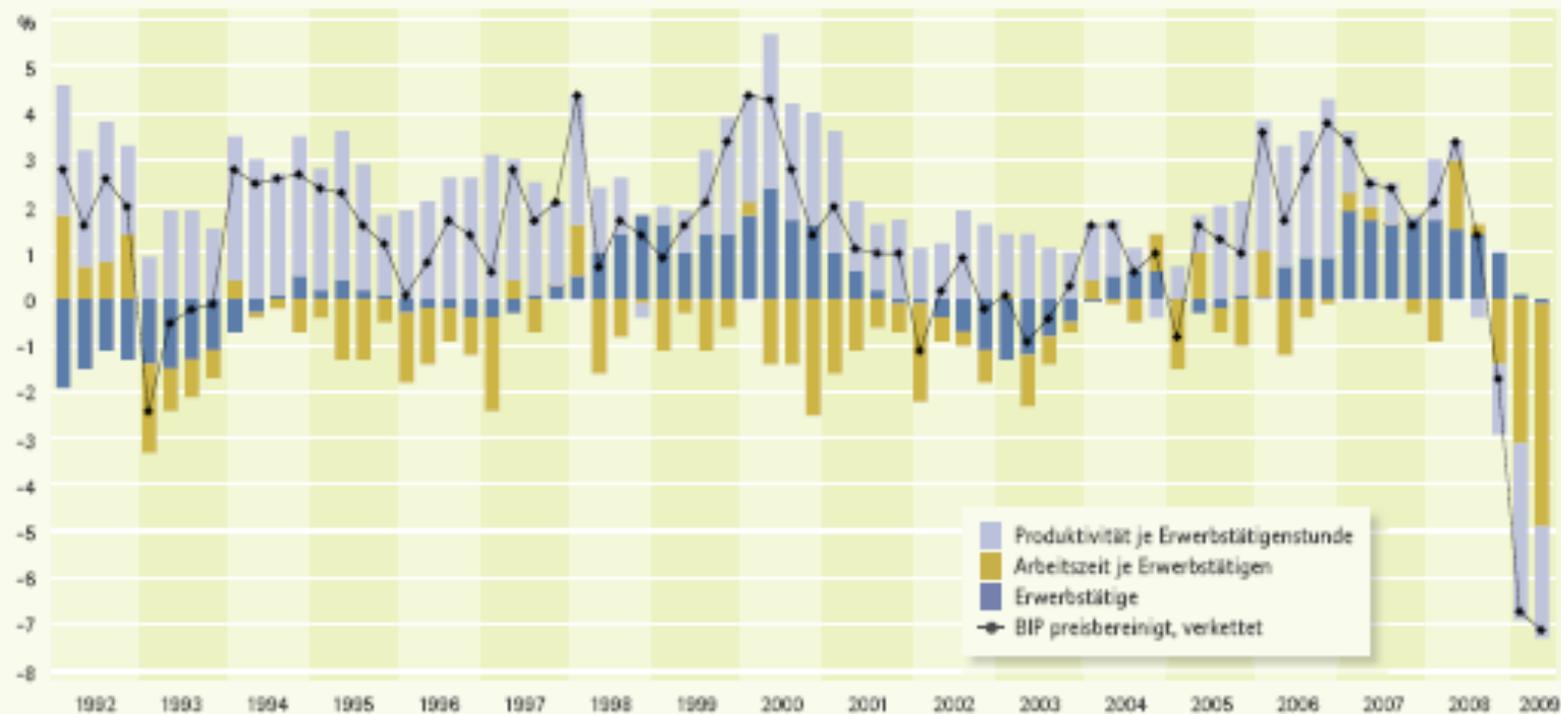
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Grafik: IG Metall, FB WTU

Die Renaissance der Arbeitsmarktpolitik

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

Abbildung 1
Die Komponenten des BIP-Wachstums (Erwerbstätige, Arbeitszeit und Stundenproduktivität)
I. Quartal 1992 bis II. Quartal 2009, Veränderungen gegenüber Vorjahresquartal in %



Lesebeispiel: Im II. Quartal 2009 sank das BIP um 7,1% im Vergleich zum Vorjahresquartal. Der Rückgang setzte sich additiv zusammen aus einer Abnahme der Erwerbstätigenzahl um 0,1%, der Arbeitszeit je Erwerbstätigen um 4,8% und der Stundenproduktivität um 2,4% (rundungsbedingte Differenz zur Summe).

Quelle: Statistisches Bundesamt, IAB

© IAB

- In der Krise wurde ohne Debatten und sehr pragmatisch ein teilweiser **Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik** vollzogen. Weg vom „fördern und fordern“ und hin zur Beschäftigungssicherung. Ohne die massive Ausweitung der Kurzarbeit hätten wir bereits weit über vier Millionen Arbeitslose. Auch die Personalpolitik in den Betrieben war bisher eher auf das Halten der Belegschaft ausgelegt. Es ist aber fraglich, wie lange der Damm Kurzarbeit noch hält.
- Selbst die **OECD fordert einen Strategiewechsel**: Mehr Geld für aktive Arbeitsmarktpolitik, mehr Qualifizierung und ein stärkerer Schutz vor Armut! Das ist eine radikale Abkehr von den bisherigen Positionen.
- Auch in der Krise zeigt sich: **Nicht die Agenda-Politik hat einen stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland bisher verhindert, sondern die Abkehr von ihr.**

- Arbeitslosigkeit ist kein individuelles Problem, das durch Qualifikationsmaßnahmen und Repressionen gelöst werden kann.
- Die Förderung bei Arbeitslosigkeit muss zu einem individuell einklagbarem Recht werden.
- Arbeitslose brauchen ein Transfereinkommen, das sie vor Armut schützt und ihnen eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht
- Die Qualifikation und das Einkommensniveau von Beschäftigten sind im Falle der Arbeitslosigkeit zu schützen. Ein Arbeitsloser darf nicht dazu gezwungen werden, jede Arbeit anzunehmen.
- Die Bundesagentur für Arbeit muss finanziell in die Lage versetzt werden, diese Grundsätze zu ermöglichen. Der derzeitige Betragssatz von 2,8 Prozent sichert keine ausreichende Finanzierung. Auch die Gewährträgerhaftung der Bundesregierung ist wieder einzuführen.

Art. 23 der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen

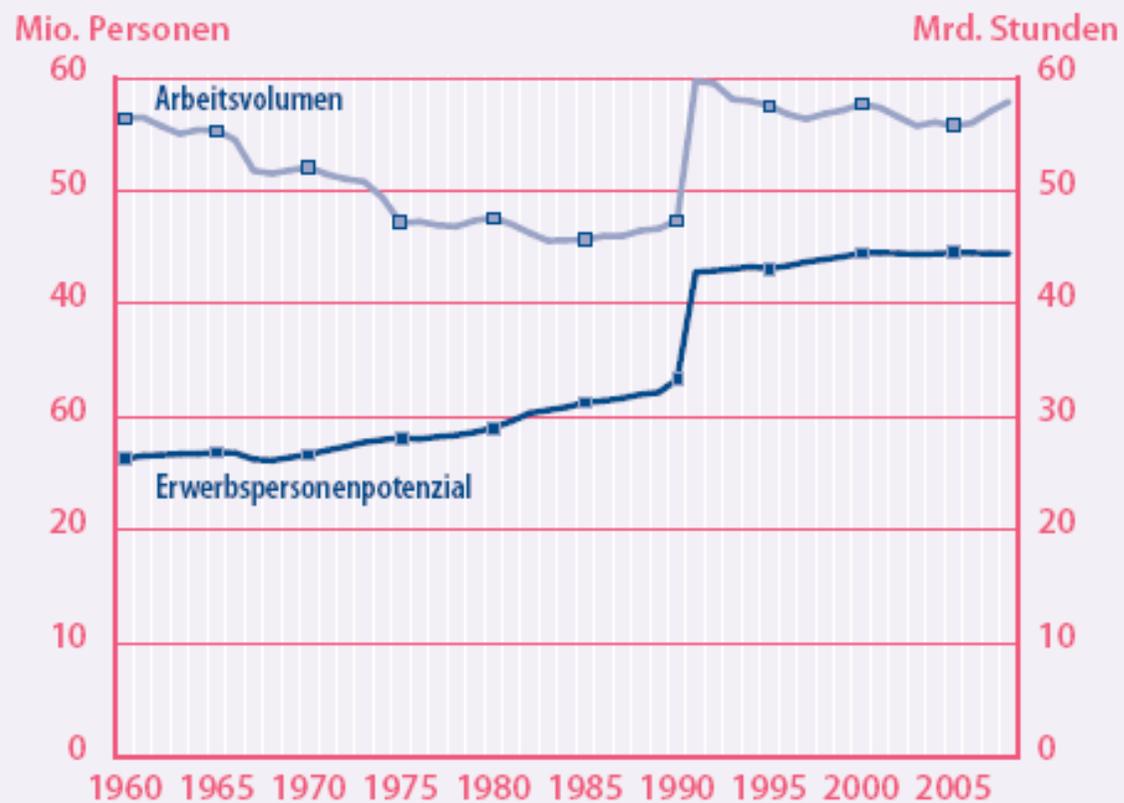
- 1. Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit..*
- 2. Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.*
- 3. Jeder, der arbeitet, hat das Recht, auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.*

Arbeitszeitverkürzung bleibt notwendig

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

Erwerbspersonenpotenzial und Arbeitsvolumen

in der Bundesrepublik Deutschland



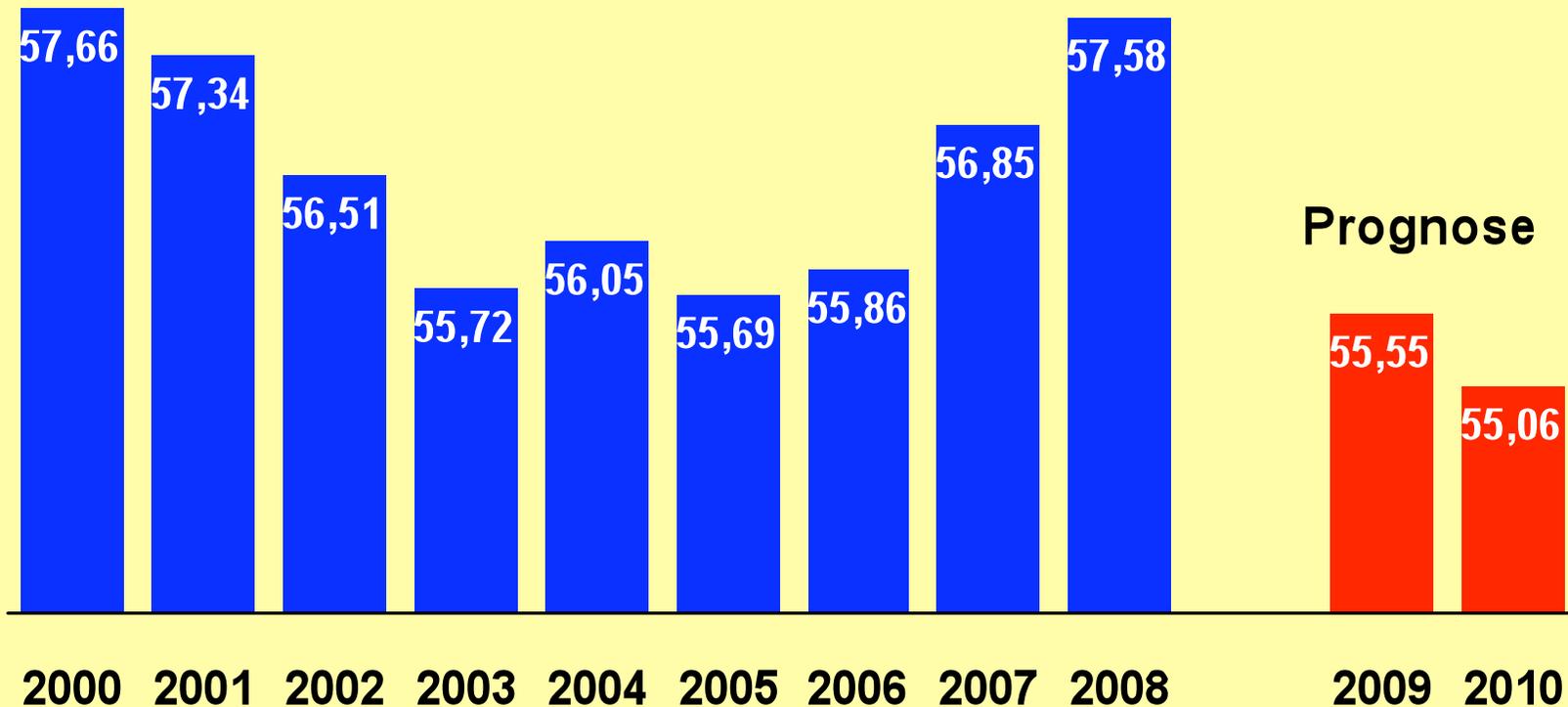
Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2009

Arbeitszeitverkürzung bleibt notwendig

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

Arbeitsvolumen aller Erwerbstätigen in Mrd. Stunden



Quelle: IAB

Arbeitszeitverkürzung bleibt notwendig

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

- ➔ Im langfristigen Trend steigt die Produktivität stärker als die Wirtschaftsleistung. Bis Mitte der siebziger Jahre wurde dies durch die Verkürzung der Arbeitszeit aufgefangen. Danach kam dieser Prozess zum Stillstand. Folge: Heute bewerben sich 69 Prozent mehr Menschen um das gleiche Arbeitsvolumen als 1960.
- ➔ Auch wenn eine nachfrageorientierte Makropolitik das Wachstum stimuliert, ohne Arbeitszeitverkürzung ist die Erreichung von Vollbeschäftigung undenkbar.
- ➔ Die durch die „Reformpolitik“ praktizierte Arbeitszeitverkürzung geht zu Lasten der Beschäftigten. Vor allem Frauen in Dienstleistungsberufen sind betroffen. Das ist keine sinnvolle Perspektive.
- ➔ Die Krise bietet die Chance, die Debatten um Arbeitszeitverkürzung neu zu beleben.

Arbeitszeitverkürzung bleibt notwendig

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

Eine Gleichverteilung des zur Bereitstellung des heutigen Bruttoinlandsproduktes nötigen Arbeitsvolumens von ca. 56 Mrd. Stunden auf alle 44 Millionen Erwerbspersonen würde eine individuelle Arbeitszeit von 1.273 Stunden pro Person ergeben.

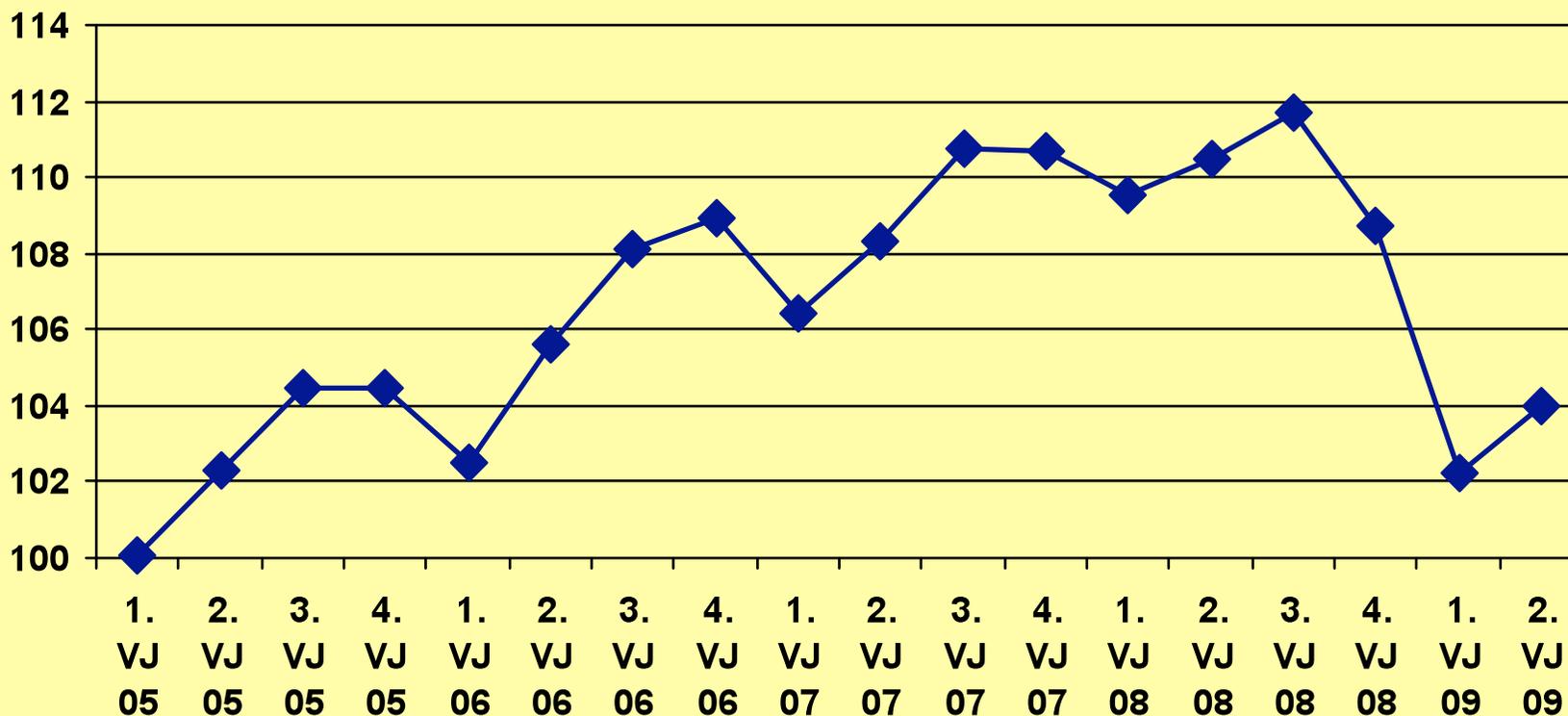
Bei 45 Arbeitswochen im Jahr ergäbe diese eine **Wochenarbeitszeit von 28 Stunden.**

Konjunktur stabilisiert, aber kein Ende der Krise

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

Entwicklung des realen BIP

Indexwerte 2000=100, kalenderbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik IG Metall, WTU

Konjunkturprogramme der Bundesregierung ungenügend

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

Maßnahmen der Bundesregierung zur Stützung der Konjunktur:

➔ Automatische Stabilisatoren

Krisenbedingte Mehrausgaben und Mindereinnahmen werden zugelassen.

➔ Konjunkturpaket I

Beschlossen im November 2008. Fiskalischer Impuls 2009/10 **11,8 Mrd. Euro**, Sammelsurium von Maßnahmen, vor allem indirekte Förderung.

➔ Rückerstattung Pendlerpauschale

Urteil des Bundesverfassungsgerichts, Fiskalischer Impuls 2009/10 **11,8 Mrd. Euro**

➔ Konjunkturpaket II

Beschlossen im Februar 2009. Fiskalischer Impuls 2009/10 **46,5 Mrd. Euro**, Öffentliche Investitionen, Steuersenkungen, Kinderbonus

➔ Bürgschaften

für Produktionsunternehmen in Höhe von 100 Mrd. Euro, abgewickelt über KfW.

Bewertung der Konjunkturpolitik

- ➔ Es ist richtig, dass die Regierung gehandelt hat. Der Umfang von ca. 70 Mrd. Euro ist beachtlich, aber immer noch zu klein.
- ➔ Die Wirkung ist allerdings begrenzt. Die öffentlichen Investitionen sind unterbelichtet. Wachstumseffekte wurden auf 0,6 Prozent des BIP geschätzt. Kurzfristig stimuliert vor allem die Abwrackprämie.
- ➔ Die ökologischen Effekte sind begrenzt. Nur die öffentlichen Investitionen sind vor allem ökologisch ausgerichtet (energetische Gebäudesanierung). Die Gesamteffekte werden auf ca. 13 Prozent des Programms geschätzt.

Geförderte Maßnahmen im Konjunkturpaket II

Die Investitionsförderung soll vor allem den Kommunen zugute kommen.

- ➔ **Investitionsschwerpunkt Bildungsinfrastruktur** (65 Prozent)
frühkindliche Infrastruktur, Schulinfrastruktur, Hochschulen, Weiterbildungseinrichtungen, Forschung.
- ➔ **Investitionsschwerpunkt Infrastruktur** (35 Prozent)
Krankenhäuser, Städtebau, ländliche Infrastruktur, Lärmschutz, Informationstechnologie, sonstige Infrastruktur.

Für Bildungseinrichtungen wird vor allem die energetische Gebäudesanierung gefördert. Verkehrsinfrastruktur ist ausdrücklich aus der Förderung ausgenommen.

Konjunkturprogramme der Bundesregierung ungenügend

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

Abruf der Fördermittel

Das Konjunkturpaket II wurde nur sehr zögerlich umgesetzt. Erst im April wurde eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern geschlossen, erst danach konnten überhaupt Gelder fließen. Wie gut es angenommen wird, ist umstritten.

- **95 Millionen Euro** sind bisher erst abgerufen worden.
- Für **5 Milliarden Euro** Volumen wurden Projekte bewilligt. Es ist aber nicht eindeutig, was damit gemeint ist.

Generell müssen Länder und Kommunen 25 Prozent Co-Finanzieren.

Die Konjunkturpolitik der Bundesregierung war bisher nicht ausreichend. Eine schnelle und kräftige Erholung (V-Verlauf der Konjunktur) es eher Unwahrscheinlich. Allerdings hat eine Stabilisierung der Konjunktur stattgefunden.

In dieser Situation gelten typische Anforderungen an ein Konjunkturprogramm

- ➔ Schnelle Wirksamkeit
- ➔ Temporärer Mitteleinsatz

nicht mehr unbedingt. Bei einer anspringenden Konjunktur dürfen die Maßnahmen nicht schädlich sein, sondern weiterhin sinnvoll.

Von der Konjunkturpolitik zu Zukunftsinvestitionen

- ➔ Erstens wird die **Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft** gesteigert, weil wirtschaftliche Defizite, wie die nicht ausreichende ökologische Ausrichtung der Ökonomie oder die inzwischen mangelhafte Infrastruktur, behoben werden.
- ➔ Zweitens wird durch die verstärkte Nachfrage das **Beschäftigungsniveau** dauerhaft angehoben. Da auch in Zeiten der Hochkonjunktur noch Massenarbeitslosigkeit herrscht, ein wichtiges Ziel.
- ➔ Drittens sorgen die zusätzlichen Impulse auch für eine schnelle **Überwindung der Krise**.

Von der Konjunkturpolitik zu Zukunftsinvestitionen

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

Eine Steigerung der öffentlichen Investitionen ist auch **über den Konjunkturzyklus** hinweg notwendig. Insofern handelt es sich bei einem **Investitionsprogramm nicht originär um Konjunkturpolitik**. Aber ein solches Programm hat natürlich auch erheblich **konjunkturelle Wirkungen**. Eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen gerade während der größten Krise schafft eine dreifache gesellschaftliche Dividende:

Anforderungskriterien für ein solches Programm

- ➔ Große Beschäftigungseffekte der Maßnahmen
- ➔ Hoher Anteil an ökologisch wirksamen Maßnahmen
- ➔ Deckung gesellschaftlicher Bedarfe, die marktförmig nicht oder nur ungenügend gedeckt werden
- ➔ Modernisierung und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur

Die Mittel für ein solches Programm werden auf verschiedenen Ebenen ausgegeben:

- ➔ **Anregung privater Investitionen**
Hier gibt es fließenden Übergang zur Industriepolitik

- ➔ **Klassische öffentliche Investitionen**
Die Umsetzung der öffentlichen Aufgaben mit Ausgaben in Bauten, Geräte, Ausrüstungen usw.

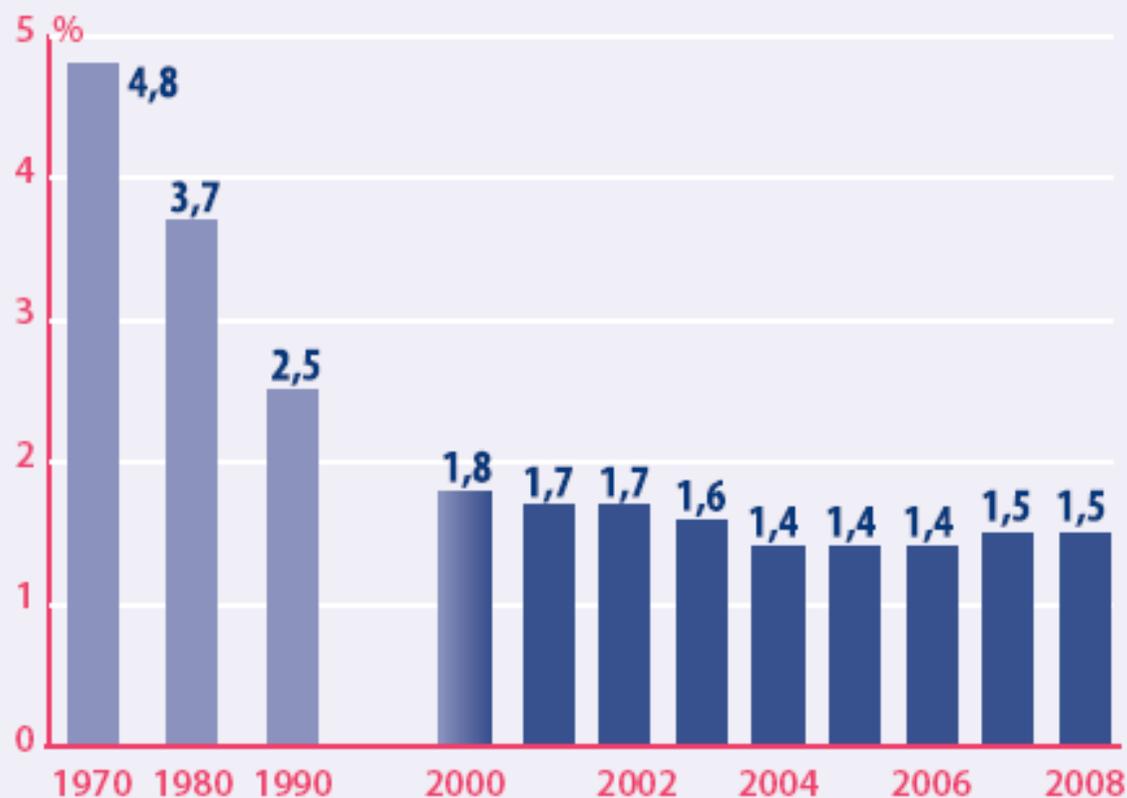
- ➔ **Personalausgaben**
Für Bildung und soziale Dienstleistungen müssen auch Personalausgaben einbezogen werden.

Hohe Investitionsbedarfe durch vernachlässigte Infrastruktur

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

Öffentliche Investitionen in Deutschland

Anteil am BIP in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt.

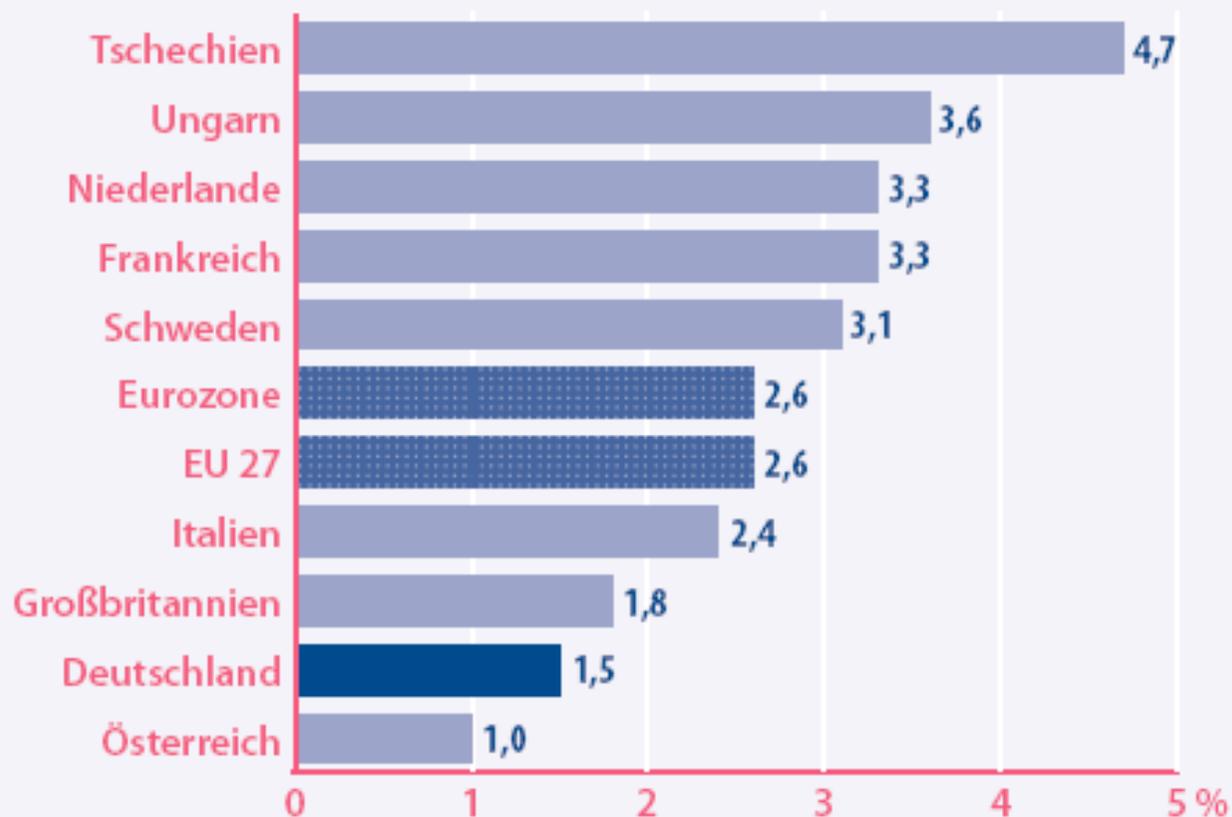
ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2009

Hohe Investitionsbedarfe durch vernachlässigte Infrastruktur

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

Öffentliche Investitionen 2007

Anteil am BIP in Prozent



Quelle: Eurostat.

ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2009

Hohe Investitionsbedarfe durch vernachlässigte Infrastruktur

- ➔ Im Durchschnitt geben die **OECD-Staaten 5,4 Prozent des BIP** an öffentlichen Geldern für die Bildung aus. **Deutschland gibt gerade 4,8 Prozent des BIP** für Bildung aus. Um den Durchschnitt zu erreichen, wären **18 Milliarden Euro** an jährlichen zusätzlichen Investitionen notwendig. Um das Niveau der Bildungsausgaben in Schweden zu erreichen (7,4 Prozent des BIP) wären **68 Milliarden Euro** notwendig!
- ➔ Das Deutsche Institut für Urbanistik schätzt den **kommunalen Investitionsbedarf** bis 2020 auf 704 Milliarden Euro. Dieser Bedarf ist nur zu 90 Prozent finanziell abgedeckt. Zur Aufhebung des Investitionsrückstandes fordert das Deutsche Institut für Urbanistik eine Erhöhung der kommunalen Investitionsmittel bis 2015 um **75 Milliarden Euro**.

Hohe Investitionsbedarfe durch vernachlässigte Infrastruktur

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

Geld für Bildung

Private und öffentliche Ausgaben für Einrichtungen aller Bildungsbereiche, ausgewählte Länder, 2006, in % des Bruttoinlandsprodukts

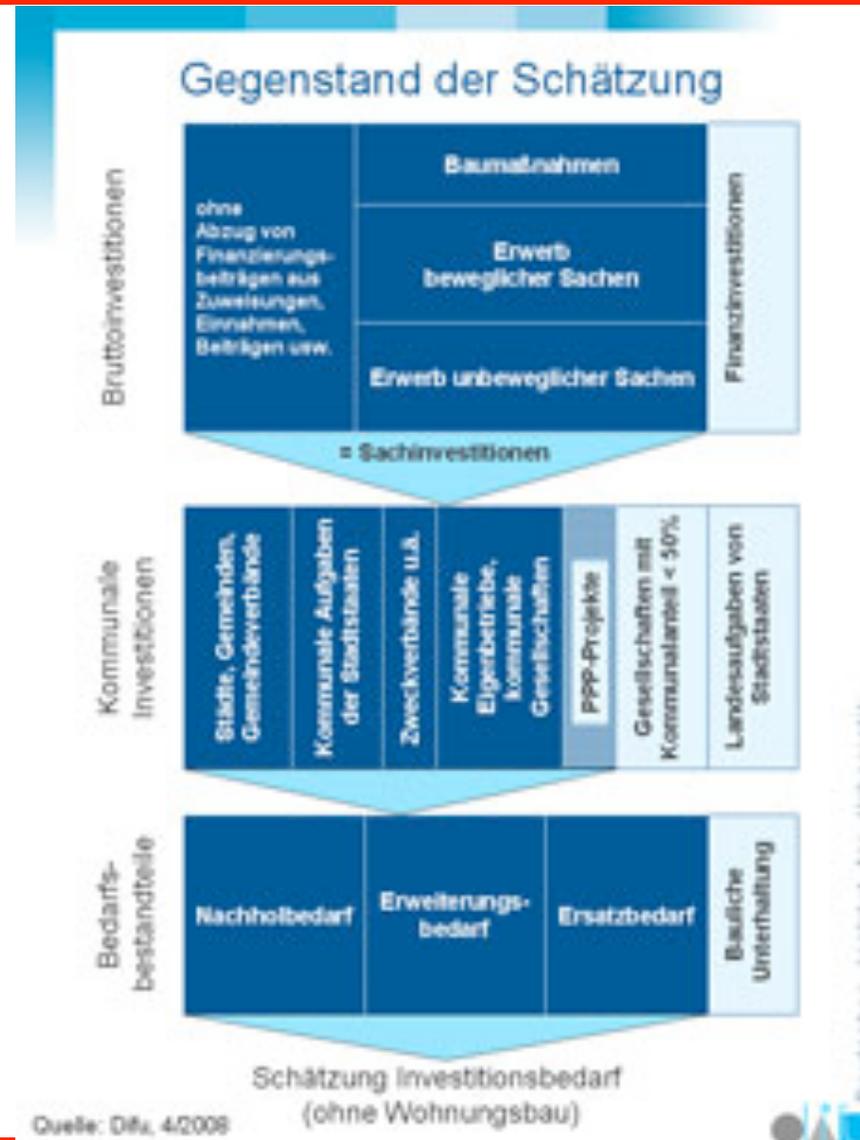


Quelle: OECD

FR/Budziak

Investitionsstau in den Kommunen

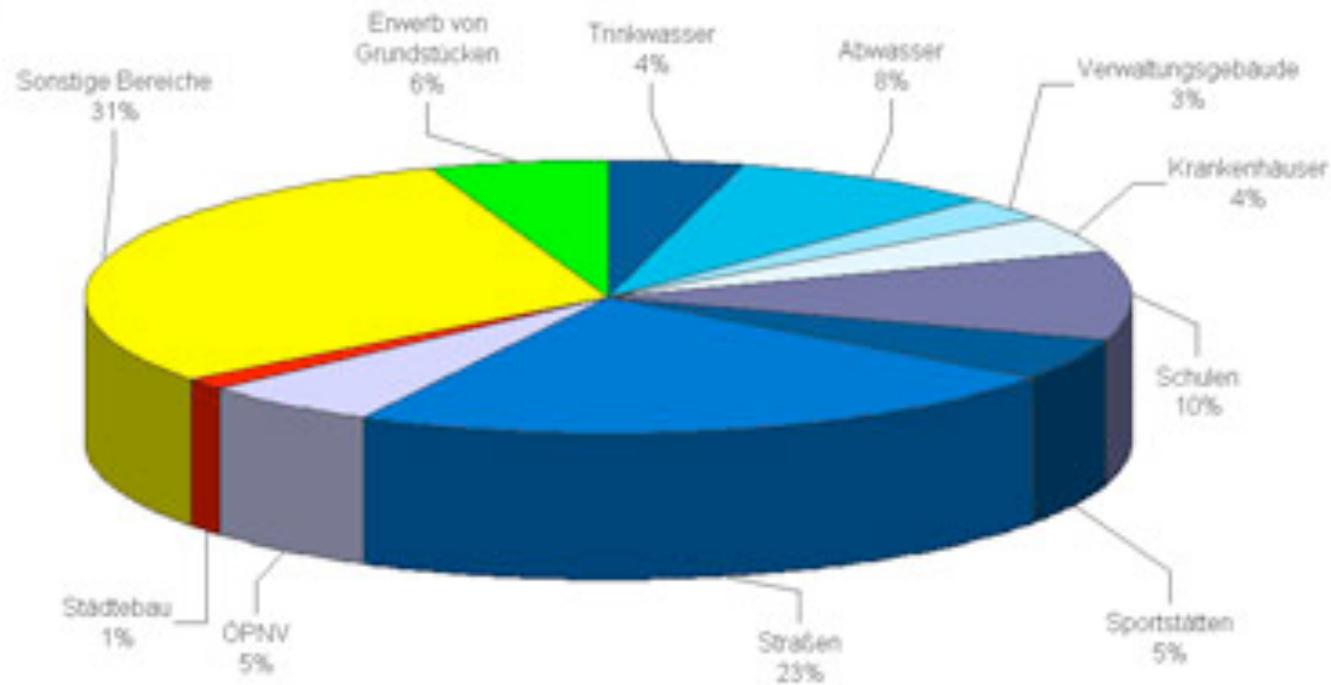
Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik



Investitionsstau in den Kommunen

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

Anteil der einzelnen Schätzbereiche am kommunalen
Investitionsbedarf in Deutschland in %



Quelle: Difu, 4/2008

Investitionsstau in den Kommunen

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik



Investitionsprogramm ist notwendig

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

Deutschland braucht ein zukunfts- und leistungsfähiges Bildungssystem. Gerade hier gibt es erhebliche Defizite. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert Mehrausgaben von 30 Milliarden Euro jährlich für Bildung.

➤ Bildungsausgaben:	30,0 Milliarden Euro
Kindertagesstätten	12,0 Milliarden Euro
Berufsausbildung	0,5 Milliarden Euro
Hochschulen	6,0 Milliarden Euro
Weiterbildung	7,5 Milliarden Euro

Investitionsprogramm ist notwendig

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

Andere Felder für zusätzliche öffentliche Investitionen:

- ➔ **Kommunale Infrastruktur: 20,0 Milliarden Euro**
- ➔ **Bahninfrastruktur: 15,0 Milliarden Euro**
- ➔ **Kultur: 5,0 Milliarden Euro**
- ➔ **Forschung: 5,0 Milliarden Euro**
- ➔ **Ökologische Umgestaltung Unternehmen: 5,0 Milliarden Euro**

Die neue Rolle der aktiven Arbeitsmarktpolitik darf nicht auf die Kurzarbeit beschränkt bleiben.

➔ **Öffentlicher Beschäftigungssektor: 18 Milliarden Euro**

Die Beschäftigung soll durch öffentliche Programme auch direkt erhöht werden. Die Arbeitsbedingungen müssen tarifgerecht ausgestaltet sein.

➔ **Anhebung Alg. II auf 450 Euro: 17 Milliarden Euro**

Die Erhöhung ist nur der erste Schritt. Die Mittel werden von den betroffenen vollständig konsumiert werden und so die Binnennachfrage stimulieren. Auch die Bezugsdauer von Alg. I muss verlängert werden.

Höhere Staatsquote für mehr öffentliche Investitionen

Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

- ➔ Die Höhe von 75 Milliarden Euro des von uns vorgeschlagenen Investitionsprogramms entspricht knapp 3 Prozent des BIP im Jahre 2008 und trägt der Dynamik des derzeitigen wirtschaftlichen Einbruchs Rechnung.
- ➔ Auch wenn ein Sonderprogramm für den Aufbau Ost nicht mehr vorgesehen ist, so kommt doch ein erheblicher Anteil der Mittel diesem zugute.
- ➔ Das Programm ist der Einstieg in einen neuen ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungspfad. Es ist auch der Ausstieg aus dem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus.
- ➔ Zur Finanzierung eines solchen Programms muss die Staatsquote erhöht werden. Die Finanzierung erfolgt normalerweise über Steuern. Dabei sind jene Steuern zu erhöhen, die die Verteilungsrelationen nicht weiter zu Lasten von geringen Einkommen und Vermögen verschieben.